



KOMMENTAR

Nicht bequem, aber gerecht

KARL-JOSEF LAUMANN ist Vize-Chef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Das Verhältnis zwischen Union und DGB-Gewerkschaften war nie einfach. Im letzten Jahr haben DGB, ver.di und IG Metall mal wieder massiv gegen die CDU/CSU Stimmung gemacht.

In meinem Wahlkreis hat der örtliche ver.di-Vorsitzende gegen mich – ich bin seit fast 30 Jahren Mitglied der IG Metall – und für meinen Gegenkandidaten getrommelt. Mit Einheitsgewerkschaft hatte das nichts zu tun. Die einseitige Parteinahme der DGB-Gewerkschaften für Rot-Grün ist schon seit langem nicht mehr gerechtfertigt. Auf vielen Feldern entspricht die Regierungspolitik nicht Gewerkschaftsvorstellungen. Hans Eichel hat mit seiner Steuerreform den Großunternehmen Steuergeschenke in zweistelliger Milliardenhöhe besichert. Gleichzeitig wurde die Steuerentlastung für Arbeitnehmer ausgesetzt, und in den öffentlichen Kassen fehlt Geld für Investitionen und angemessene Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst.

Erst jetzt wird – auf Druck der Union im Bundesrat – bei der Körperschaftsteuer gegengesteuert! Knüppeldick kam es, als der Kanzler seine Agenda 2010 präsentierte. Was hatten DGB und Rot-Grün der CDU im Wahlkampf nicht alles vorgeworfen! Gerhard Schröder bezichtigte uns der sozialen Kälte, weil wir maßvolle Änderungen im Kündigungsschutzgesetz wollten. Nun will er die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Kündigungsschutz auf breiter Front umgangen werden kann. „Die CDU/CSU will die Tarifaufautonomie abschaffen“, warfen uns DGB und SPD vor. Jetzt setzt der Kanzler den Tarifpartnern die Pistole auf die Brust: Wenn ihr keine „betrieblichen Bündnisse“ abschließt, ändern wir eben das Tarifvertragsgesetz.

DGB und ver.di müssen erkennen: Sie haben im Wahlkampf auf falsche Pferd gesetzt, was nicht heißt, dass es mit der Union keine unangenehmen Veränderungen geben wird. Doch wir haben ein in sich schlüssiges Konzept. Anders der Kanzler: Gestern Klassenkämpfer, heute Genosse der Bosse – von einer solchen Politik hat niemand was. Mit CDU und CSU ist es nicht immer be-

quem – aber gerecht. Weil wir die Beitragsbelastung senken und Anreize zur Frühverrentung stoppen müssen, brauchen wir Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Doch wir wollen – anders als die SPD –, dass jene, die über Jahrzehnte hinweg Beiträge gezahlt haben, 24 Monate Arbeitslosengeld bekommen. Und auch bei der Rente wollen wir langjährige Beitragszahlung honorieren, damit jeder, der 45 Jahre Beiträge gezahlt hat, auch ohne Abschlüsse in den Ruhestand gehen kann.

Das ist gerechter, als pauschal ein höheres Renteneintrittsalter durchzusetzen, und hilft allen Arbeitnehmern. Die wichtigste sozialpolitische Aufgabe ist, für mehr Arbeit zu sorgen. Insbesondere deshalb müssen wir die Finanzierung unserer Sozialversicherungen auf eine breitere Grundlage stellen und zum Teil von Faktor Arbeit entkoppeln. Da kann ich mir gut eine Zusammenarbeit zwischen Union und Gewerkschaften vorstellen. Mag das Tisch Tuch zwischen beiden Seiten auch Risse haben – zerschnitten ist es nicht.



KOMMENTAR

Böse erwischt

Uta Andresen, Journalistin, schreibt auch über Gesundheit FOTO: HENDEL

Kann sich hier noch jemand daran erinnern, was wir vor Monaten wollten, als es hieß, „Das Gesundheitssystem ist zu teuer“? Wir wollen schlicht weniger dafür zahlen, gut versorgt zu sein, wenn es denn eines von uns mal böse erwischt.

Die Frage war nur immer: Wer ist wir? Wir Arbeitgeber können erst einmal ganz zufrieden sein, mit dieser Reform: Wir Arbeitgeber haben ab 2007 mit dem Krankengeld nichts mehr zu tun und ab 2005 nichts mehr mit dem Zahnersatz der Leute. Wer braucht auch schon ein strahlendes Gebiss? Viel wichtiger ist doch ein Arbeitsplatz, das entlockt auch dem Schiefmülgigsten ein Lächeln. Und wer erst einmal wieder in Lohn und Brot ist, hat eh keine Zeit mehr, in den Spiegel zu gucken! Außerdem: Der Besuch in der Praxis kostet demnächst Geld, das hält die Leute vielleicht auch endlich mal davon ab, während der Arbeitszeit sich um ihre Wehwechen zu kümmern (obwohl

wir zugeben müssen, dass die hohe Arbeitslosigkeit hier schon für viel Disziplin gesorgt hat). Alles in allem sind wir erst einmal zufrieden: Die Beitragssätze sinken und der Standort Deutschland ist gerettet, bis auf weiteres zumindest.

Und dann sind da noch wir Patienten. Wir wollten auch niedrigere Beitragssätze – und bekommen sie wohl auch. Nur leider dürfen wir sie selbst bezahlen! So war das nicht gemeint, als wir vor Monaten lamentierten, das Gesundheitssystem ist zu teuer? Den Rest hat in Berlin halt keiner gehört: dass chronisch Kranke in Deutschland schlecht versorgt und deshalb teuer in der Behandlung sind. Dass Röntgenuntersuchungen doppelt und dreifach vorgenommen werden, weil alle zwei Kilometer in einer Praxis ein Apparat steht, der sich amortisieren muss. Dass die Pharmaindustrie für Medikamente akbassiert, die wenig nützen, aber dank guter Werbung immer noch verschrieben werden.

Was diese Gesundheitsreform anbelangt, wünscht man der politischen Kaste dringend einen Besuch beim Arzt. Denn wer nicht hören will, muss fühlen. Uns jedenfalls hat es böse erwischt.



VER.DI-KOMMENTAR

ROLF BÜTTNER sitzt im ver.di-Bundesvorstand

FOTO: CHRISTIAN VON POHLENZ

Beschäftigungspakt ohne Widerspruch

ver.di hat sich durchgesetzt. Bis zum 31. März 2008 wird es bei dem Unternehmen Deutsche Post AG keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Das bedeutet fünf Jahre Arbeitsplatzsicherheit für unsere Kolleginnen und Kollegen. Auch der Rationalisierungsschutz wird bis 2008 verlängert. Und: Die Zustellung von Briefen und Paketen bleibt Kerngeschäft. Denn es ist mit dem Beschäftigungspakt auch gelungen, dass es bis 31. Dezember 2006 keine flächendeckende Fremdvergabe von Zustellbezirken gibt. Das nämlich wäre der Post AG ab 1. Januar 2004 möglich gewesen. Allerdings: In einem Pilotversuch kann die Vergabe von 600 Paketzustellbezirken erprobt werden.

Was ist passiert? Im Februar 2003 wurden Pläne der Deutschen Post AG öffentlich, die Paketpost zu verkaufen oder aber die Zustellung komplett fremd zu vergeben. In Gesprächen mit ver.di wurden die betriebswirtschaftlichen Probleme bei der Paketpost erörtert. ver.di Reaktion war: Statt Verkauf oder Fremdvergabe muss es einen anderen Weg geben – wir brauchen einen Beschäftigungspakt.

Die Zeit des Zögerns. Auf das Angebot des Paktes für Beschäftigung folgten zunächst zwar Gespräche mit dem Arbeitgeber, aber keine Verhandlungen. Die Arbeitgeber boten Programmlohn gegen Beschäftigungssicherung an. Das heißt im Klartext „Arbeiten bis zum Umfallen“. Bei dieser Art von Bezahlungssystem spielt nämlich die Arbeitszeit keine Rolle mehr. Das hat ver.di als unannehmbar zurückgewiesen.

Druck und Aktivitäten. Zusammen mit den ver.di-Betriebsräten hat ver.di Druck gemacht, die Beschäftigten auf Betriebsversammlungen informiert und keinen Zweifel daran gelassen, dass es im Ernstfall eine harte Tarifaufenhandersetzung gibt. **Beide Seiten haben sich bewegt.** Auch ver.di hat gegeben. Bestandteil des Beschäftigungspaktes ist die Zusage, über andere Betriebsorganisationen zu verhandeln. Zum Beispiel werden künftig mehr Briefzusteller/innen auch Pakete austragen. Verhandelt wird auch über tarifvertragliche Regelungen zur freiwilligen Verlängerung der Wochenarbeitszeit in der Brief- und Paketzustellung – gegen Bezahlung! Für zwei Jahre wird auf den arbeitsfreien 24. und 31. Dezember verzichtet.

Die Beschäftigungssicherung. Dieser Schutz ist für die Beschäftigten, unsere Mitglieder, ein hohes Gut und hieran haben wir alle gemeinsam weiter zu arbeiten. Der Beschäftigungspakt zeigt, dass es kein Widerspruch ist, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitsbedingungen flexibel auszugestalten. Der Flächen-tarifvertrag hat sich bewährt.

BRIEF E

AN VER.DI PUBLIK
VER.DI PUBLIK LESERBRIEF E
POTSDAMER PLATZ, 10785 BERLIN,
FAX: 0 30 / 69 56-30 12,
E-MAIL: LESERBRIEF E@VERDI.DE

Wir freuen uns über jeden Leserbrief. Leider können wir nicht alle Briefe, die uns erreichen, veröffentlichen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Leserbrief zu Reaktionen auf „Das böse Mädchen“, ver.di PUBLIK 6/2003

Man staunt immer wieder, zu welcher Engstirnigkeit sogar Leser, die es als politisch informierte Bürger vielleicht besser wissen sollten, imstande sind. Offensichtlich hat vieles, was vor zum Teil über 50 Jahren Horkheimer und Adorno über die spießbürgerliche Seele zu sagen wussten, alle Aufklärung der 70er und 80er unbeschadet überstanden. Dies zeigt sich nicht nur in Leserbriefen, die sich die Argumentation derer, die genau zum Schaden der Zielgruppe handeln, naiv zu eigen machen. Von drei Leserbriefen zum Portrait von Frau Gün Tank hielt nur einer das Thema für erwähnenswert; bei den anderen beiden Schreibern hingegen führte die rauchende Frau offenbar zur Reflexion. War der eine in seinem spießigen Oberlehrertum noch komisch, so war der zweite, so leid es mir tut, einfach nur widerlich. Die Abbildung als pervers, ekelhaft und sozial zu bezeichnen – und damit insgeheim auch die Abgebildete zu beleidigen – und sich zudem gezielt über die rauchende Frau (I) und nicht das Rauchen allgemein aufzuregen, zeugt nicht nur von einem lächerlichen Frauenbild, sondern in der Wahl der Sprache von einem tiefen Mangel an Achtung. Ein Mensch, der sich so äußert, kann einem nur peinlich sein, er entlarvt sich aber zum Glück selbst. Man muss hoffen, dass Frau Gün Tank solche Albernheiten gelassen an sich abprallen lässt.
THOMAS STEUP, PER E-MAIL

Einige der Leserbrief zum Portrait von Frau Gün Tank würde man eher im Zentralorgan der NPD vermuten und nicht in einer Gewerkschaftszeitung. Deshalb habe ich einige Fragen: Gehören Leute wie Herr F. wirklich zu uns? Wenn ja, wäre das nicht bereits ein Anzeichen für den jämmerlichen Zustand der Gewerkschaftsbewegung? Oder werden hier nur Defizite in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit deutlich? Kann Bildung gegen so eine Gesinnung überhaupt etwas ausrichten?
BERND KRAKOFSKY, PER E-MAIL

Lieber eine ganze Gewerkschaftszeitung voller rauchender Frauen als ständig eine sogenannte „bürgerliche“ Presse mit ekelhaften, perversen und nicht sozialen „Meinungsmacherartikeln“ gegen Arbeitnehmerfamilien, Rentnerfamilien und die Gewerkschaften!
HEINZ PETER LANDVOGT, HEUCHELHEIM



BILD DES MONATS

Bürgerkriegsland Liberia: Im Schatten eines Bananenblattes greift ein Kind auf dem Feld zur Machete
FOTO: MIKKEL OSTERGAARD/HOLLANDSE HOOGTE

Thema „Fördergeld für Warmduscher“, ver.di PUBLIK 7/8-2003

Die Pläne zur Gesundheitsreform stellen nochmals eine Verschlechterung für die Arbeitnehmer dar. Die Politik ist erneut vor der Pharmaindustrie eingeknickt. Die Positivliste für Medikamente etwa ist aber längst überfällig.

Neben der Einführung von Praxisgebühren und Krankengeld als alleinige Versicherung für die Arbeitnehmer, wird jetzt auch noch der Zahnersatz zum Privatrisko der Versicherten erklärt. Die geplanten 20 Milliarden Euro Einsparung müssen nun alleine von den Arbeitnehmern aufgebracht werden. Neben einem weiteren Rückgang in der Inlandsnachfrage werden diese Maßnahmen letztendlich auch zu Entlassungen in den Praxen führen. Die Freude der Zahnärztelebby wird dann schnell verfliegen sein, wenn die Patienten nach ihren individuellen finanziellen Möglichkeiten über ihre Gesundheit entscheiden müssen.
REINER GEIS, VER.DI SÜDBADEN

zirkte 4.000 Euro. Die Bildauswahl zum Artikel ist völlig in die Hose gegangen. Bei beiden Fotos handelt es sich nicht um Kollektoren für die solare Brauchwasserbereitung, sondern um Fotovoltaikmodule.
HEINZ ZACKE, SINZING

Die jüngste Ausgabe finde ich wieder sehr gelungen und werde wieder den einen oder anderen Artikel kopieren und an Bekannte weiterreichen. Sehr begrüße ich die Sonderseiten zum Thema „Nachhaltigkeit“ – ein Thema höchster strategischer Bedeutung (Zukunftsfähigkeit), dem sich die Gewerkschaften viel stärker widmen sollten. Daher möchte ich anregen, dass Sie hin und wieder über konkrete, interessante lokale Agenda21-Aktivitäten berichten oder von gewerkschaftlichen Aktivitäten, auch im Ausland, zu diesem bedeutenden Leitbild für das 21. Jahrhundert.
EDGAR GÖLL, INSTITUT FÜR ZUKUNFTSSTUDIEN UND TECHNOLOGIEBEWERTUNG, PER E-MAIL

GASTKOMMENTAR
DIETRICH KITTNER ist Kabarettist
FOTO: DPA

Rente mit 120

Wie viele Todesopfer mag das Gerangel um die „Gesundheitsreform“ schon gefordert haben? Die Statistik schweigt. Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Jüngster – ernstgemeint! – Sparvorschlag: Allen Kassenpatienten über 65 sollen nur noch schmerzlindernde Medikamente verordnet werden. Heilung lohnt bei 66-Jährigen nicht mehr. Ab auf den Schrott. Da wird auch die bereits beschlossene Streichung des Sterbegeldes logisch.

Es geht den Herren, die in ihrer sauteuren Arbeitskleidung von Armani und Brioni angetreten sind, das Sparen zu lehren, nicht um Lebensrecht, Glück und Wohlergehen des einzelnen Menschen, sondern um Milliardensummen mit denen die Großmächtigen an der Börse und Staatshaushalt genannten einarmigen Banditen zocken.

Genauso geht es bei den Renten. Die Forderung nach einer kürzeren Lebensarbeitszeit ist menschenfreundlich und vernünftig, weil durch ihre Verwirklichung – daran hat bisher das spitzfindigste Gegenargument nichts zu ändern vermocht – Arbeitsplätze für Jüngere frei würden. Rürups Streichorchester jedoch steuert Pensionsalter 67 an. Jeder Versicherungsmathematiker weiß, dass durch die seinerzeit verfügte Anhebung der Anspruchsgrenze auf 65 Jahre zusätzlich fast viereinhalb Prozent der Versicherten noch schnell vor dem Erreichen des Rentenalters wegsterben. Ein prima Spareffekt! Rabenvater Staat darf sich freuen: Sein ganzes Leben hat so ein doofer Arbeitnehmer Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt, jetzt will er Leistung – ätisch, ab in die Grube! Da kichert das Gemein-Wesen.

Von der Arbeit in die Kiste: Die Rentenpolitiker der Regierung steuern zielstrebig auf gekürzte Altersbezüge oder ein Pensionsalter von 120 Jahren zu. Wem's nicht passt, der kann dagegen streiken. Aber wie soll das gehen ohne Arbeitsplatz?

Beim nächsten Finanzloch werden die Finanz- und Wirtschaftsexperten der Blockparteien fraktionsübergreifend vermutlich eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 80 Jahre beschließen, das bringt noch mehr. Notfalls kann man später ja auch auf 120 Jahre steigern. Das wäre todsicher. So Stücker ein oder zwei Leute würden möglicherweise als Erlebnisse doch noch in den Genuss ihrer wohlverdienten Rente gelangen. Die beiden könnte man dann im Fernsehen gleich nach der Lotto-Show als Werbung für die Rentenversicherung auftreten lassen: „Kannste auch haben – mit ein bisschen Glück...“

Oder will uns Rürup aus Gründen der Sozialverträglichkeit etwa alle mit 67 Jahren erschießen lassen? Das würde sich sicher rechnen, aber einen schlechten Eindruck im Ausland machen

Zuerst bleibt es wohl noch bei 80 Jahren. Als sozialverträgliches Ablebensalter wird 79 empfohlen. Natürlich: nicht übereifrig schon mit 78 1/2 in die Grube. Da fehlten denen ja die Beiträge. Dazu ein Kostenangleichungsgesetz, demzufolge die teuren Verbleichenen noch ein halbes Jahr über ihr bedauerliches Ableben hinaus Pflichtbeiträge zu entrichten haben. Schließlich kostet Abwickeln auch Geld. Wer sich brav an das Ideal-Sterbedatum hält, bekommt eine vorgedruckte Urkunde des Sozialministers an den Sarg geheftet: „Sehr geehrte(r) Beitragszahler(in), Sie haben sich durch Ihr termingerechtes Able-

Manche mögen's heiß

Sollte die sommerliche Hitzewelle länger andauern, könnte sich die Erholung am Arbeitsmarkt weiter verzögern, behauptet Joachim Ragnitz vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle.

Weil nämlich alle am Baggersee herumlümmeln, anstatt bei Karstadt auf Konsum-Pirsch zu gehen. Da kann man nun wirklich nur auf die nächste Frostperiode hoffen, bei der dann – logisch – die Arbeitslosenzahlen automatisch sinken. Oder sollten die doch irgendwie nicht ans Thermometer gekoppelt sein, bestände dann zumindest die Chance, dass das Hirn von Herrn Ragnitz wieder ein bisschen cooler funktioniert. **KAY WÜSTHOFF**

Thema „Gesundheitsreform“, ver.di PUBLIK
Die Pläne zur Gesundheitsreform stellen nochmals eine Verschlechterung für die Arbeitnehmer dar. Die Politik ist erneut vor der Pharmaindustrie eingeknickt. Die Positivliste für Medikamente etwa ist aber längst überfällig. Neben der Einführung von Praxisgebühren und Krankengeld als alleinige Versicherung für die Arbeitnehmer, wird jetzt auch noch der Zahnersatz zum Privatrisko der Versicherten erklärt. Die geplanten 20 Milliarden Euro Einsparung müssen nun alleine von den Arbeitnehmern aufgebracht werden. Neben einem weiteren Rückgang in der Inlandsnachfrage werden diese Maßnahmen letztendlich auch zu Entlassungen in den Praxen führen. Die Freude der Zahnärztelebby wird dann schnell verfliegen sein, wenn die Patienten nach ihren individuellen finanziellen Möglichkeiten über ihre Gesundheit entscheiden müssen.
REINER GEIS, VER.DI SÜDBADEN

ver.di PUBLIK allgemein
ver.di PUBLIK finde ich gut, aber ver.di? Wo bleiben die Antworten der Gewerkschaften auf den Globalisierungsdruck, zum Beispiel durch ernsthafte Bemühungen um eine einheitliche europäische Sozial-Charta?
UDD FUHRMANN, PER E-MAIL

Thema „Wir um Dreißig“, ver.di PUBLIK 7/8-2003
Ich gehöre nicht zu den 30-Jährigen, sondern zu den 40-Jährigen, habe kein schnelles Geld mit dem Neuen Markt verdient, bin Mitglied in der Gewerkschaft, war aber auch schon lange nicht mehr auf einer 1.-Mai-Demo. Nach reger Teilnahme an Aktionen der Friedensbewegung und vieler außerparlamentarischer Aktivitäten in den 80er Jahren, distanzierte ich mich von der Forderung des DGB, die Arbeitsplätze im Kohlenbergbau halten zu wollen. Angesichts der Diskussion um eine alternative Energiepolitik war das für mich eine wenig er-

I M P R E S S U M
REDAKTION:
POTSDAMER PLATZ 10, 10785 BERLIN,
TEL. 030/69 56-0, FAX: 030/69 56-3012
E-MAIL: REDAKTION.PUBLIK@VERDI.DE
HOTLINE ALLGEMEIN: 0180/222 22 77
HERAUSGEBER: FRANK ROHRKE,
VORSITZENDER DER VERBUNDENEN
DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI
CHEFREDAKTOR:
MARTIN KEMPE (V. I. S. D. P.) (1-057)
REDAKTION:
GÜNTER LANGE, STELLV. CHEFRED. (1-068),
PETRA GRÖLL, TEXTCHEFIN (1-067), PETRA
WELZEL, CVJ (1-072), UTA ANDRESEN (1-077),
JAN JURČZYK (1-079), HEIKE LANGENBERG (1-069),
BENNY MANSCH (1-070), HEINIK MÜLLER (1-076),
DIETMAR ROTHWANG (1-066), DANIELA SUTTNER
(1-073), CLAUDIA VON ZGLINICKI (1-071)
REDAKTIONELLE MITARBEITER:
ANNETTE JENSEN, GUNDULA LASCHE,
STEFAN SCHAAP
BILDREDAKTION: CHRISTIAN
JUNGEBLOTT (U. I. S. D. P.) (1-075)
SEKRETARIAT: ARIANE BLESSING (1-065),
DORIS MÜRKENS (1-066)
GESTALTUNG UND PRODUKTION:
REKUNDT-DESIGN, HAMBURG
VERLAG: VER.DI GMBH,
POTSDAMER PLATZ 10, 10785 BERLIN
TEL. 030/69 56-1260
VERTRIEB: DANIELA SCHÖLLER (1-061)
ANZEIGENLEITUNG, -DISPOSITION UND -VERKAUF:
MEDIEN-BÜRO BERND HEUSSINGER, KONIGSWEG 21,
21445 AUSSEL, TEL. 0419/59 091-0
E-MAIL: HEUSSINGER@VERDI-ANZEIGEN.DE
ANZEIGEN-VERKAUF:
BERLINER VORWÄRTS-VERLAGSGESSELLSCHAFT
MARIENBURGER STR. 15, 10178 BERLIN, FAX:
030/25584-160, FAX:
030/25584-195, E-MAIL: OCHS@VORWAERTS.DE
DRUCK UND VERLEND:
APMA AG SPELTHEIM, NIEDERLASSUNG THEODOR-
HEUSS-ALLEE 90-98, 60486 FRANKFURT/MAIN,
TEL. 069/79 52-0, FAX: 069/77 79 71,
ISDN: 069/97 07 30 54 LEONARDO U. FRITZCARD
WWW.ALPHA-PRINT-MEDIEN.DE
VER.DI PUBLIK ERSCHEINT 10 MAL IM JAHR
MIT EINER AUFLAGE VON 2,6 MILLIONEN.
DIE ZEITSCHRIFT IST MIT DEM VER.DI-
MITGLEDERSBEITRAG ABGEGOLTEN.
ABO: BEI BESTELLUNG AN DEN VERLAG: JÄHRLICH
INCL. MWST. 10 VERLAGS INLAND 15 €, AUSLAND
25 €. BEI ABO-ÄNDERUNG BITTE AN DEN VERLAG
WENIGSTENS 30 TAGE VOR DEM ABO-ANFANG
ANGEBEN. BEI NICHT-ERSCHIEDEN DER
ZEITUNG ODER NICHTLIEFERUNG OHNE VERSUCH-
UND OHNE RÜCKGABE ERHEBEN.
DIESE VERLAGS- UND FALLE-HÖHERER GEWALT
BESTeht KEIN ANSPRUCH AUF LEISTUNG, SCHADENS-
ERSATZ ODER MINDERUNG DES ZEITSCHRIFTES.
KOMMENTARE, BEFRAGEN UND LESERBRIEFE GEBEN
NICHT UNBEDINGT DIE MEINUNG DER REDAKTION
WIEDER. FÜR UNALGEBROCHEN ERHEBENDES
MATERIAL BESTEHEN KEINE RÜCKGABEPFLICHT. NACH-
DRUCK NUR MIT ZUSTIMMUNG DER REDAKTION.
ISSN 1610-7691